



Monika Lazar (Mitte) informierte gestern über das neue Bundesprogramm zur Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus. Foto: Zuber

Zeit zur Entwicklung lokaler Strategien drängt

Krause: „Ein neues Ferkelrennen“

Salzwedel (zu). Um dem Erstarken des Rechtsextremismus entgegenzuwirken, muss es auch in Zukunft zweckmäßige Strukturen der Prävention geben. In diesem Punkt waren sich gestern die Diskussionsteilnehmer, Vertreter von Parteien, der Verwaltung sowie die betroffenen Träger von Projekten und Initiativen, einig. Dazu eingeladen hatte Monika Lazar, Bundestagsabgeordnete der Grünen.

Einigkeit herrschte im Salzwedeler Hanseat und bei der Besichtigung des Schülerfreizeitentrums der Awo Salzwedel sowie des Netzwerks „Miteinander“ aber auch hinsichtlich der Kritik an den Rahmenbedingungen. Grund: Die angeschobenen Projekte könnten arg ins Stocken geraten. Viele laufen am Jahresende aus. Die Planung zur Entwicklung lokaler Strategien für die Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie nach dem neuen, ab 2007 für vier Jahre geltenden Bundesprogramm, müsste eigentlich längst abgeschlossen sein. „Die Zeit zur Beantragung neuer Mittel drängt“, sagte Lazar. Laut ihrem altmärkischen SPD-Kollegen Marko Mühlstein wurden in den vergangenen fünf Jahren rund 192 Millionen Euro für Jugend-Präventionsprojekte gegen Rechtsextremismus in Deutschland ausgegeben. „19 Millionen sind für 2007 eingeplant – plus 5 Millionen, die für Strukturprojekte nachgefordert wurden“, so Mühlstein. Doch

der zur Beantragung neuer lokaler Projekte abgesteckte Zeitrahmen ist knapp: „Schon Anfang Dezember startet die Bewerbungsphase. Bis zum Jahresende sollten die Förderanträge abgegeben sein. Im Januar gibt es ein Ranking, bevor Ende Februar über die Vergabe der Mittel entschieden wird“, so Lazar. Als Starttermin für den neuen Aktionsplan ist der Mai im Gespräch. Wichtig: Die Projektträger müssen sich jetzt mit Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreis zusammensetzen, um gemeinsam Anträge zu verfassen und Projekte zu bündeln.

Bei der Diskussion im Hanseat hagelte es harsche Kritik an der Vergabep Praxis. Man habe in Sachsen-Anhalt schlechte Erfahrungen bei der Bearbeitungs- und Prüfungsdauer der Anträge gemacht, sagte Landrat Hans-Jürgen Ostermann. Hans-Jörg Krause (Linkspartei) bezeichnete die Vergabe als „ein neues Ferkelrennen“. Grundsätzlich forderte er zur Bekämpfung des Rechtsextremismus konkrete rechtsverbindliche Entscheidungen. Viele Anwesende, vor allem die erfahrenen Projektakteure, forderten langfristige, verlässliche Förderstrukturen. „Es wird einen Bruch geben ab Januar“, prognostizierte Mirko Wolff vom Zentrum „Miteinander e.V.“. Ralf Perbandt von der Opferberatung Salzwedel: „Wie es weitergeht? Da kann ich nur die Astrologen befragen.“